

1 IN1 Landesvorstand – Solidarität mit der Ukraine – Nein zum Krieg

2

3 Die SPD Niedersachsen stellt sich klar gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die
4 Ukraine und verurteilt diesen auf das Schärfste. Wir Niedersachsen stehen fest an der Seite der
5 Ukraine und solidarisieren uns mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Wir sind zutiefst
6 erschüttert über den eklatanten Bruch des Völkerrechts, den Putin mit seinem Angriffskrieg
7 begangen hat und fortwährend begeht.

8 Dieser Krieg verursacht enormes Leid. Immer wieder müssen wir die Bilder aus verschiedenen Orten
9 der Ukraine sehen, in denen Gräueltaten durch die russische Armee begangen wurden. Die Namen
10 Butscha, Charkiw aber auch Mariupol haben sich in unser Gedächtnis gebrannt. Die Bilder, die uns
11 von dort erreichen, sind schockierend und für uns ist klar: Die gezielte Bombardierung von
12 Wohngebieten, Schulen und Krankenhäusern sowie die Angriffe auf ZivilistInnen und deren
13 Ermordung sind Kriegsverbrechen. Diese müssen ermittelt, lückenlos aufgearbeitet und geahndet
14 werden. Putin und sein Regime müssen für diesen durch nichts zu rechtfertigen Krieg zur
15 Verantwortung gezogen werden.

16 Wir fordern Russland auf, einen sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre
17 Hilfsleistungen zu den Opfern seines Angriffs in der Ukraine zu gewährleisten. Außerdem müssen
18 ZivilistInnen, die die derzeit umkämpften Gebiete verlassen wollen, Fluchtwege eröffnet werden.
19 Gleichzeitig rufen wir Russland und seine Regierung auf den Krieg unverzüglich einzustellen und
20 die russischen Truppen vom Staatsgebiet der Ukraine abziehen. Mit aller Deutlichkeit machen
21 wir klar: Wir stehen fest und entschlossen an der Seite der tapferen und mutigen UkrainerInnen,
22 die auf beeindruckende Weise und unter Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen den Angriff auf ihr
23 Heimatland leisten.

24 Uns allen ist klar: Der russische Angriffskrieg richtet sich nicht allein gegen die Ukraine. Er ruft
25 Existenzängste bei anderen nord- und osteuropäischen Staaten, unseren Verbündeten, hervor und
26 zerstört eine jahrzehntelang gewachsene und entwickelte europäische Friedensordnung. Russland
27 greift mit diesem Krieg nicht nur die Ukraine an, sondern zielt auch auf unsere Grundwerte, unsere
28 Freiheit, unsere Demokratie und unsere Rechtsstaatlichkeit ab. Vor diesem Hintergrund begrüßen
29 wir das entschlossene, besonnene und überlegte Vorgehen von Bundeskanzler Olaf Scholz und
30 seiner Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine.

31 Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, aggressivem
32 Nationalismus und zerstörerischen Großmachtfantasien entgegen zu treten und sich für ein
33 friedliches Miteinander einzusetzen. Kriegerische Handlungen haben keinen Platz im Europa des 21.
34 Jahrhunderts. Gleichzeitig erkennen wir das völkerrechtlich verbrieft Selbstverteidigungsrecht der
35 Ukraine uneingeschränkt an und unterstützen die demokratisch legitimierte Regierung der
36 Ukraine in der Ausübung dieses Rechts. Unsere Unterstützung muss darauf angelegt sein, schnell
37 wirken zu können und zugleich unsere Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht
38 einzuschränken. Auch aus diesem Grund muss unser Handeln eng mit unseren europäischen und
39 transatlantischen Partnern abgestimmt sein.

40 Deutschland hat Waffen aus den Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zur Selbstverteidigung
41 abgegeben, gibt weitere Lieferungen von deutschen Rüstungsgüter an die Ukraine frei und billigt
42 zudem Lieferungen aus Drittstaaten. Dies passiert stets im Einklang mit der Charta der Vereinten
43 Nationen. Wir unterstützen dabei den Grundsatz „Liefern, was möglich ist“. Die Fähigkeiten zur
44 Landes- und Bündnisverteidigung dürfen dadurch jedoch nicht beschnitten werden, denn auch
45 damit erfüllen wir unsere internationalen Verpflichtungen und unser Versprechen gegenüber den
46 BürgerInnen die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang begrüßen
47 wir die umfassenden Finanzhilfen, die es der Ukraine ermöglichen, direkte Waffenkäufe zu tätigen.
48 Darüber hinaus befürworten wir die finanzielle Unterstützung für die Beschaffung von
49 Ausrüstungsgegenständen für die ukrainischen Truppen und von Hilfsgütern durch die EU aus der
50 Europäischen Friedensfazilität. Die SPD Niedersachsen begrüßt zudem die Geschlossenheit und die
51 Anstrengungen der Länder der Europäischen Union für eine gemeinsame Reaktion auf den
52 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und die daraus resultierenden Sanktionen gegen das russische

1 Regime. Hier zeigt sich, dass die EU stark ist und gemeinsam an der Seite ihrer befreundeten
2 Partnerländer steht.

3 Unser Ziel bleibt die nachhaltige Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung einer
4 europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die
5 Stärke des Rechts regiert. Dieser Leitsatz muss für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit haben
6 und die Unverletzbarkeit der Staatsgrenzen garantieren. Daraus resultiert für uns, dass wir uns
7 Gesprächen mit Russland, insbesondere auch mit der Zivilbevölkerung nicht verweigern dürfen.
8 Auch in dieser Lage muss die Diplomatie dazu dienen, Gesprächskanäle offen zu halten und den
9 Weg des Friedens zu ebnen. Unsere Partner und Freunde in Europa und weltweit stehen dabei an
10 unserer Seite und gemeinsam setzen wir uns für ein Ende des Krieges ein. Klar ist aber auch:
11 Etwaige Verhandlungen über einen Waffenstillstand und damit das Kriegsende führt die Ukraine,
12 denn bei ihr liegt die Entscheidung über die Bedingungen eines Friedens. Das Ziel Russlands eines
13 einseitigen Diktatfriedens lehnen wir ab.

14 Neben der Unterstützung durch Finanzhilfen, Waffenlieferungen und humanitärer Hilfe zeigt sich
15 die Solidarität Deutschlands mit der Ukraine auch an anderer Stelle. Viele Ukrainerinnen und
16 Ukrainer verlassen ihre Heimat und suchen hier bei uns in Deutschland, auch hier in
17 Niedersachsen, Zuflucht. Für diese Menschen müssen wir humanitäre, medizinische und
18 finanzielle Unterstützung leisten. Wir sind froh, dass in den letzten Wochen bereits die große
19 Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land deutlich geworden ist, so muss es auch
20 weitergehen. Wir werden die Menschen hier bei uns willkommen heißen und sie unterstützen.

21 Gleichzeitig wissen wir, dass sich der Krieg in der Ukraine auch auf die Beziehungen zwischen
22 Menschen in unserem Land auswirkt. Wir verurteilen die pauschalen Ausgrenzungen
23 russischstämmiger MitbürgerInnen und rufen alle Menschen in unserem Land dazu auf, zu
24 verhindern, dass der russische Angriffskrieg unsere Gesellschaft spaltet.

25 Der rücksichtslose Angriffskrieg des russischen Regimes hat leider auch deutlich gemacht: Unser
26 Land ist zu stark abhängig von russischen Erdgaslieferungen. Der rasche Ausbau der erneuerbaren
27 Energie ist unabdingbar, um diese Abhängigkeit nachhaltig zu durchbrechen. Wir begrüßen daher,
28 dass die Bundesregierung bereits erste Schritte unternommen hat, um eine schnelle und wirksame
29 Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Gas zu erreichen. Der im Schulterschluss zwischen
30 Land und Bund vorangetriebene Bau der LNG Terminals in Wilhelmshaven und Stade ist dabei ein
31 wichtiger Schritt, um auch zeitnah die Energieversorgung unseres Landes unabhängiger zu
32 gestalten. Die Landesregierung geht dabei mit großen Schritten voran und hat durch die
33 beschleunigten Verfahren einen enormen Beitrag geleistet, damit der Bau der LNG-Terminals in
34 Wilhelmshaven und Stade schnell umgesetzt werden kann. Dabei ist es für uns als
35 SozialdemokratInnen wichtig, dass nicht nur die Energieversorgung von Bevölkerung und
36 Wirtschaft gesichert wird, sondern auch die Energiepreise für jede und jeden bezahlbar bleiben.

37 Aus tiefster Überzeugung, auch als Friedenspartei, fordern wir:

38 Der Angriffskrieg muss sofort beendet werden. Wir verurteilen den Krieg aufs Schärfste und fordern
39 den russischen Präsidenten auf, seine Truppen unverzüglich aus der Ukraine abzuziehen. Wir
40 stehen solidarischen an der Seite der UkrainerInnen und stehen ein für den Frieden in Europa.

41

42 **Empfehlung der Antragskommission:**

43

44

45